

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postämtern 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Verleger und die Post bezogen 1,30 Mk., durch den Verleger mit Post 1,20 Mk. Einzelnummer 9 Pf.
Erscheinung wöchentlich 6 mal vormittags halb 9 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonnt. u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeilenzeile oben oben 30 Pf., für 10 Zeilen 2,50 Mk., für 20 Zeilen 4,50 Mk., für 30 Zeilen 6,50 Mk., für 40 Zeilen 8,50 Mk., für 50 Zeilen 10,50 Mk., für 60 Zeilen 12,50 Mk., für 70 Zeilen 14,50 Mk., für 80 Zeilen 16,50 Mk., für 90 Zeilen 18,50 Mk., für 100 Zeilen 20,50 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nur unterer Geschäftsstelle ohne förmlichen Antragszettel entgegengenommen.
— Nachdruck anderer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unregelmäßige Einbringungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 114.

Donnerstag den 17. Mai 1906.

32. Jahrg.

Fort mit der Fahrkartensteuer!

Der Versuch, die Fahrkartensteuer in der dritten Lesung zu Falle zu bringen, muß von den Parteien der Linken unter allen Umständen gemacht werden. Die Steuer ist nur mit 157 gegen 125 Stimmen angenommen worden. Zu den drei freisinnigen Gruppen, der Sozialdemokratie und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die geschlossen gegen die Vorlage stimmten, gesellten sich insgesamt noch ca. 15 bismarckianische Mitglieder aus den Reihen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen. Durch eine energische Agitation gegen die Steuer können bis zur dritten Lesung von den Mehrheitsparteien ganz sicher noch erheblich mehr Stimmen abgeplittert werden. Die nationalliberale Wählerchaft im Lande lehnt sich fast einmütig gegen dieses Attentat auf die freie Entwicklung des Verkehrs auf. Die nationalliberale Partei bietet wieder einmal das nicht gerade seltene Schauspiel, daß ihre parlamentarische Vertretung von der erdrückenden Mehrheit der Wählerchaft im Lande desavouiert wird. Die „Königliche Zeitung“ mahnt heute „in letzter Stunde“ ihre Parteigenossen im Reichstage zur Umkehr. „Daß bei einem solchen Angriff auf die wichtigsten allgemeinen Verkehrsinteressen der Plan durch einen Entrüstungsturm des Volkswillens nicht einfach weggefegt wird, liegt, schreibt das Blatt, lediglich daran, daß sich die Beratung dieser komplizierten Steuertheoreme in größter Stille vollzogen hat und daß bei den fortwährenden Schwankungen breitere Volkstheile bis jetzt noch nicht die Gefahr erkennen konnten und noch wenige Gelegenheiten zu einer Aeusßerung hatten. Was aber an Aeusßerungen von Männern der Praxis — wie Vertretern von Handelskammern, Reisenden-Verbänden usw. — an die Öffentlichkeit gebrungen ist, was ferner zahlreiche Zeitungen geäußert haben, das ist eine scharfe und einmütige entrüstete Abweisung dieses Planes.“

Sehr interessant gestaltete sich auch die Debatte, die im Anschluß an ein Referat des Abg. Böttger in einer Versammlung des nationalliberalen Vereins in Steglitz sich über die Fahrkartensteuer entwickelte. Der Referent war der einzige, der das Verhalten der Reichstagsfraktion, der er nota bene selbst angehört, verteidigte. Sämtliche Diskussionen, insbesondere diejenigen, welche sich um die Ausbreitung der nationalliberalen Organisation in Groß-Berlin die größten Verdienste erworben haben, wie die Regierungsrate Stadthagen und Dr. Leibig, verurteilten einstimmig das Verhalten ihrer Parteigenossen im Reichstage. Der letztere erklärte nach einem Bericht der „Stegl. Ztg.“, er könne es nicht billigen, „daß ein so alter Kampf wie der Abg. Büding selbst auf die Steuersuche gehe. Außer dem Parlamentariern hätte er kaum einen Nationalliberalen gefunden, der die Fahrkartensteuer überhaupt verteidete.“

Diese entrüsteten Proteste der nationalliberalen Wählerchaft zeigen wieder einmal — genau so wie bei dem Schulunterhaltungsgegesetz —, daß die Partei im Lande ungleich liberaler denkt als die parlamentarischen Fraktionen. Auch die nationalliberale Wählerchaft die leider nur sehr kurz bemessene Frist bis zur dritten Lesung noch recht kräftig aus durch persönliche Einflussnahme auf ihre Reichstagsabgeordneten, so braucht man die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß der Reich der Fahrkartensteuer noch einmal an der Bevölkerung vorübergeht. Denn selbst wenn die Vorlage in der dritten Lesung doch noch angenommen werden sollte, so wird der Widerstand im Bundesrat um so mehr gefächert, je geringer die Mehrheit ist, die die Vorlage in der Schlussabstimmung des Reichstags auf sich vereinigt hat.

Aus Rußland.

Die Gewährung einer Amnestie scheint in das Bereich der Möglichkeit zu rücken. Der „Komoje

Bremja“ zufolge hat sich der Ministerrat für diese Möglichkeit ausgesprochen, hat aber die Frage über den Umfang der Amnestie offen gelassen. Nach demselben Blatte soll im Ministerrat auch die Auflösung der Reichsduma wegen ihres oppositionellen Charakters zur Sprache gekommen sein. Die Auflösung sei jedoch nicht für wünschenswert, sondern im Gegenteil für gefährlich erklärt worden.

Zur Eröffnung der Reichsduma hatte auch König Eduard ein Telegramm an den Zaren gerichtet, in dem er ihn zu diesem historischen Ereignis beglückwünschte. Der Zar schickte daraufhin dem König ein Dankschreiben.

Die sozialistischen Parteien, die bisher die Taktik verfolgt haben, die Reichsduma zu boykottieren, haben, wie der „Russ. Kur.“ erfährt, beschlossen, hiervon Abstand zu nehmen, da dies nach dem Austritt der Reichsduma ein taktischer Fehler sei. Eine Verschmelzung des Handels- und Finanzministeriums soll im Zarenreiche bevorstehen. Bei einer solchen in Peterhof stattgehabten Konferenz wurde dem „Russ. Kur.“ zufolge der Beschluß gefaßt, das russische Handelsministerium als solches aufzuheben und mit dem russischen Finanzministerium zu verschmelzen.

In Petersburg wurde der Redakteur der „Westnik Finanzow“ und der „Handels- und Industrie-Zeitung“, Direktor der Petersburger Telegraphen-Agentur v. Miller zum Mitglied des Rates des Finanzministers und zum Agenten des Finanzministeriums in Deutschland und Oesterreich-ungarn ernannt.

Die Maifeyer ist ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen, sowohl in der Residenz an der Nema als auch in den Provinzstädten. Dem russischen Arbeiter dürfte freilich auch allmählich die Luft vergangen sein, zeitweilig auf seine Lösung zu verzichten. In Zarizyn an der unteren Wolga verlangte nach einer Meldung der „Peterb. Tel.-Agentur“ eine etwa viertausend Köpfe starke Volksmenge, die sich am Abend infolge eines Streites zwischen einer die Straßen durchziehenden Gruppe und Kosaken angeammelt hatte, die Entfernung der Kosaken, worauf sie ruhig auseinandergehen wollte. Als die Menge auf dieser Forderung beharrte, ließ der Polizeimeister die Kosaken feuern. Hierbei wurden acht Personen verwundet, eine davon tödlich. Als vermittelter Mörder des Vizeadmirals Kusmitsch ist in Petersburg eine Person verhaftet worden, die sich Baskewitsch nennt und angibt, Student der dortigen Universität zu sein.

Die Adresse an den Zaren, die am Dienstag in der Duma verlesen wurde, deckt mit nicht zu überbietender Deutlichkeit die ungeheure Kluft auf, welche Volk und Regierung in Rußland immer noch trennt. Mit außerordentlichem Freimuth wird dem Zaren die Not des Landes geschildert und im Anschluß daran das Programm der Duma unterbreitet. Die Forderungen, die es enthält, lassen sich kurz wie folgt bezeichnen: Volle Amnestie, allgemeines Wahlrecht, Verantwortlichkeit des Ministeriums, vollgesetzliche Gewalt der Reichsduma, Unverantwortlichkeit des Zaren, Abschaffung der Todesstrafe, Abschaffung der Ausnahmegerichte, Abschaffung des Reichsrats, Revision der Staatsgrundgesetze, Koalitionsrecht, obligatorisches Expropriationsrecht, unbeschränktes Interpellationsrecht für die Reichsduma.

Aus Deutsch-Afrika.

Zu der Gebietsüberbreitung deutscher Schutztruppen in Südwestafrika liegt nunmehr eine amtliche Meldung vor. Danach war Morenga Anfang April in der Gegend von Ufamas auf deutsches Gebiet zurückgekehrt, nachdem die Kappolizei seine Werk in nördlicher Richtung nach der Gegend von Rietfontein abtransportiert hatte. Morengas Spur ging dann verloren. Erst

am 29. und 30. April wurde durch Augenzeugen festgestellt, daß Morenga sich in dem englischen Grenzort Bissport östlich Klipdam gezeigt habe. Als er am 1. Mai auf deutsches Gebiet zurückkehrte, nahm Hauptmann Bsch, der die Abberungstruppen an der Ofgrenz befehligte, sogleich seine Verfolgung auf. Morenga überschritt alsbald mit seinen bewaffneten Dolgleuten wieder die Grenze. Da die Kappolizei, den besten Willen vorausgesetzt, nicht in der Lage war, Morengas Enttarnung zu erzwingen, debatte Hauptmann Bsch die Verfolgung auf britisches Gebiet aus. Am 4. Mai überraschte er Morenga mit 40 Dolgleuten bei Komisblay, 20 Kilometer östlich Caputis. In einfündigem Gezecht fielen 26 Hotentotten, 23 Gewehre, 100 Patronen und die Felle Morengas wurden erbeutet. Morenga selbst erhielt zwei Streifschüsse und entfloh mit sechs unbewaffneten Begleitern. Hauptmann Bsch kehrte nach kurzer Verfolgung auf deutsches Gebiet zurück.

Anlässlich der Ueberbreitung der englischen Grenze durch deutsche Truppen in Südwestafrika bei der Verfolgung Morengas, wovon wir am Sonnabend abend berichteten, wirft die „Köln. Ztg.“ die Frage auf, ob in Afrika die Weltmächte sich nicht darüber verständigen sollten, ob und unter welchen Umständen darbarische auffällige Eingeborene als Kriegsführende zu betrachten sind. „Wenn es schon hier und da in Europa in Grenzbezirken, wo die Industrie von einem Gebiet zum andern übergrift, notwendig geübt ist, den Gebirgern der einen Macht zu gestatten, bei der Verfolgung von verbrecherischem Gesindel die Grenze zu überschreiten, bis auf dem andern Gebiet die Flüchtlinge bringes gemacht werden oder sonst die Gerechtigkeit gefördert wird, um wie viel mehr ist zu verbinden, daß Eingeborene auf fremdem europäischen Gebiet übertritten, wie wir es jetzt in Afrika erleben und, da die Schwarzen damit Erfolg haben, wohl noch mehr erleben werden. Die lapidaren Befehle haben sich freilich mit der Zeit dazu verändert, durch eine Entwarnung der von deutschem Gebiet auf das übrige übertretenden Aufständischen diese unschädlich zu machen, und nach Privatmitteilungen, die uns zugehen, scheint die Entwarnung auch ziemlich regelmäßig zu erfolgen. Allein, wer bürgt dafür, daß die entwarneten Eingeborenen, die frei umherziehen können, nicht sofort auf englischem Gebiet neue Waffen und Munition erwerben, um dann irgendwo an der ausgebeuteten und naturgemäß ungenügend besetzten Grenze wieder auf deutsches Gebiet einzufallen. Diese Gelegenheiten zur Wiederkehr, die Morenga und seinen Banden fortwährend geboten wird, ist eine der Hauptursachen der langen Dauer des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika, und bei der heftigsten Stimmung unter den südafrikanischen Eingeborenen muß, wie noch kürzlich aus dem Nataler Aufstandsgebiet berichtet wurde, die lange Dauer des Kampfes im innern Schutzgebiet zur Erhebung gegen die Europäer aufmuntern. Wir haben von Anfang an diesen Standpunkt vertreten und bedauern, daß die Vorgänge in Natal uns recht geben.“

Politische Uebersicht.

Oesterreich-ungarn. Im Abgeordnetenhaus zu Wien legte der neue österreichische Ministerpräsident Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst in längerer Rede sein Regierungsprogramm dar. Er stellte in erster Linie die von allen Völkern Oesterreichs mit Spannung erwartete Wahlreform in Aussicht, durch welche dem Grundbesitzer Geltung verschafft werden sollte, das gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüberstehen. Das österreichische Staatsbewußtsein und der österreichische Parlamentarismus, so führte er aus, sollen dadurch eine mächtige Belebung erfahren. Wenn gefördert werde, daß es künftig im Hause für die haalt-erhaltenden Elemente keinen Raum mehr geben werde, so hoffe er, daß durch die Gleichheit aller im Staate,

sich alle Elemente in staatsfreundliche verwandeln werden. Die Regierung werde alles aufbieten, um dem Haupte die rasche Lösung der Wahlreform zu erleichtern, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden werde und gegen welche jeder Widerstand vergeblich sei, weil in ihr die Staatsnotwendigkeit und das öffentliche Rechtsbewusstsein miteinander zu einem gemeinsamen Ziele verbunden seien. Der Ministerpräsident, der jedes nationale Empfinden schätzt, glaubt, daß das starke nationale Bewusstsein mit dem staatlichen Bewusstsein und staatlicher Treue sich vereinigen läßt, darum will auch die Regierung durch die Wahlreform die nationalen Parteien nicht zurückdrängen, sondern werde bemüht sein, jedem die Mitarbeit daran zu ermöglichen. Sie hoffe auf Entgegenkommen von Seiten der Parteien, zumal die Opfer, die sie zu bringen haben werden, ihren nationalen Interessen keinen Abbruch bringen. Die Wahlreform sei nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit gegen die unteren Volksschichten, nicht nur ein Erfordernis des Parlamentarismus, sie solle auch das nationale Friedenswerk in Österreich begründen oder wesentlich dazu beitragen. Sei es einmal gelungen, auf dem Gebiete des Wahlrechts die Einigung der nationalen Parteien zu erzielen, so sei die Hoffnung gestattet, daß diese Verständigung auch auf allen anderen vom nationalen Gesichtspunkte beeinflussten Gebieten möglich sein werde, darum werde die Regierung alles daran setzen, dieser Reform zum Siege zu verhelfen.

Frankreich. In Toulon kam es am Montag zwischen ausländischen und arbeitswilligen Mannern zu Krawallen. Die Ausländigen zerstörten die Mauern mehrerer im Bau befindlicher Schulen und zogen mit roten Synbifiksfahnen unter Absingen revolutionärer Lieder durch die Stadt. Die Gendarmen verhaftete 15 Ruhestörer und nahm ihnen vier Fahnen weg. Der Präsekt gab jedoch die Fahnen dem Syndikat zurück.

England. In der letzten Montags-Sitzung des Oberhauses lenkte Baron Wemyss-Douglas die Aufmerksamkeit auf die Frage der Landesverteidigung und eine obligatorische Dienstpflicht der Miliz. Der Unterstaatssekretär des Krieges erklärte darauf folgendes: Er habe die militärischen Ratgeber im Kriegsamt befragt und begehe den Wunsch zur Verhütung des Publikums auszusprechen, daß England einen Mobilisierungsplan besitze, unter dem, wie man hoffe, es möglich sei, die Mobilisierung ebenso schnell wie jede Nacht des Festlandes durchführen zu können. Es seien ferner auch Pläne für die Verteidigung aller besetzten Häfen vorbereitet worden, so daß man, wie er zuversichtlich behaupten könne, in der Lage sei, einem plötzlichen Angriffe Widerstand zu leisten. Die Regierung beabsichtige auch nicht ein Gesetz betreffend die obligatorische Dienstpflicht für die Miliz einzubringen, aber die Regierung habe es sich angeeignet sein lassen, die Miliz zu einer vorzüglich organisierten Truppe zu machen, welche die reguläre Armee sowohl im Inlande wie im Auslande unterstützen könne. So lange die englische Seemacht ihrem gegenwärtigen Bestand entsprechend aufrecht erhalten werde, liege keine Notwendigkeit vor, in anderer Weise gegen einen Angriff Vorkehrungen zu treffen. Aber der Armeestab habe gemeint, daß man auch auf unwahrscheinliche Lebensfälle vorbereitet sein müsse. Versuche hätten gezeigt, daß keine fremde Macht in der Nähe sein werde, ein Einfallskorps von 10000 Mann mit Artillerie zu landen, ohne daß die Kanalflotte, welche in Verbindung mit den englischen Küsten bleibe, verbindend eingreife. Im Fall eines Krieges sei eine vernünftige Möglichkeit, aber nicht jede unwahrscheinliche Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Er möchte gern einen Plan ins Auge fassen, um die Freiwilligen für die Küstenverteidigung nutzbar zu machen und diese Angelegenheit werde gegenwärtig in Erwägung liegen. — Im Unterhause machte am Montag Sir Edward Grey unter Beifallstundgebungen des Hauses davon Mitteilung, daß von der Pforte eine befriedigende Antwort eingegangen sei und führte dann aus: Die Pforte hat dem Botschafter in Konstantinopel Sir R. D'Onor vor Kenntnis gebracht, daß Tabach und alle anderen Plätze in der Nähe, die neuerdings von türkischen Truppen besetzt worden waren, geräumt seien. Späterhin ist eine Note eingegangen, in der erklärt wird, daß die Pforte das Telegramm vom 8. April 1892 nicht in Abrede stelle, daß ferner eine gemischte Kommission zur Ausführung einer topographischen Aufnahme und Herstellung einer Karte ernannt werden solle, um bei der Grenzfestlegung den status quo auf der Grundlage besagten Telegramms zu wahren, und daß die Grenzlinie von Buzeh in südöstlicher Richtung nach einem Punkt in einer Entfernung von nicht unter drei Meilen von Akaba lausieren solle. Die Regierung hat diese Antwort auf ihre Note angenommen, und sie berechtigt zu der wohl begründeten Hoffnung, daß man in allen Punkten zu einer befriedigenden Lösung gelangen wird. In derselben Sitzung richtete noch Arnold Forster

an den Staatssekretär des Innern Herbert Gladstone die Anfrage, ob seine Aufmerksamkeit bereits auf die Tatsache gelenkt sei, daß Leute in deutscher Uniform gegenwärtig die Straßen Londons zu Reklamezwecken durchziehen, ob er sich dessen bewußt sei, daß ein derartiger Mißbrauch der nationalen Uniform wohl in der gleichen Weise von den Offizieren und Mannschaften des deutschen Heeres aufgenommen werden würde wie ein ähnlicher Gebrauch der britischen Uniform von der britischen Armee beurteilt werden würde, und ob er dieser Schaustellung ein Ende bereiten wolle. Gladstone erwidert darauf, daß seine Aufmerksamkeit bereits auf diese Art der Reklame gelenkt sei, die ihm ebenso töricht wie beleidigend erscheine. Die Polizeibehörde habe bereits Schritte getan, um sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

Schweden. Der König von Schweden trat von Wiesbaden aus die Heimreise nach Schweden an. — Die Erste Kammer des Reichstages verwarf mit 126 gegen 18 Stimmen den Wahlrechtsentwurf der Regierung und nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag betreffend das allgemeine Wahlrecht mit Proporzialwahlen zu beiden Kammern, und Herabsetzung der Wahlperiode der ersten Kammer von neun auf sechs Jahre an.

Türkei. Die Tabachfrage ist nunmehr friedlich gelöst worden. Die vom englischen Botschafter Sonnabend nacht überreichte Note hat der Pforte eine neue 24 stündige Frist gegeben. Die Note erklärte, daß die Herstellung des status quo England nicht genüge, sondern daß dieses eine genaue Grenzregelung wolle. Wenn die Pforte dies nicht annehme, werde England selbst die Grenzregulierung durchführen. Nach dieser Note trat ein Dersprechwechsel, deren Ergebnis das ist, daß die Pforte in Verantwortung der Mitteilung des britischen Botschafters D'Onor, welche die letzte türkische Note für in der Form unbefriedigend erklärte, die endgültige Annahme der britischen Forderungen notifiziere.

Serbien. Aus Anlaß der serbischen Wahlen richtete, wie aus Belgrad gemeldet wird, der Minister des Innern Protia ein Zirkular an die Präfekturen, in welchem den Polizeiorganen die gleichmäßige Anwendung der Gesetze gegen alle zur Pflicht gemacht und den Polizeibeamten auf das strengste die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen außer in den gesetzlich vorgezeichneten Fällen verboten wird.

Deutschland.

Berlin, 16. Mai. Der Kaiser begab sich am Dienstag im Automobil nach Gravelotte, wo er die Gedächtnisfeier nach Rezonville, wo er das Quartier, das Kaiser Wilhelm I. am 16., 17. und 18. August bewohnte, besuchte. Von dort kehrte er gegen 11 Uhr nach dem Kasino des Generalcommandos zurück und begab sich um 1/2 11 Uhr in das Bezirkspräsidium, um mit Gesolge bei dem Grafen v. Zepelin das Frühstück einzunehmen. Nach dem Frühstück ließ der Kaiser sich im Garten des Bezirkspräsidiums durch den Oberstleutnant Schramm vom sächsischen Fußartillerie-Regiment Nr. 12 Modelle aller griechischer und römischer Würfelgestirne vorführen und empfing dabei den Vorstand des Vereins für lothringische Geschichte und Altertümer. Hierauf hörte der Kaiser Vorträge des Mezer, Lieberfranzes, welcher lothringische Volkslieder vortrug, die auf Wunsch des Kaisers von Kapellmeister Wolfgramm mit Instrumentalbegleitung versehen worden waren. Der Kaiser dankte den Sängern mit sehr freundlichen Worten und wünschte den Liedern weite Verbreitung, besonders die Kinder möchten sie lernen. Der Monarch empfing dann die Mitglieder des lothringischen Landesauschusses mit dem Präsidenten Jaumez an der Spitze. Um 3 1/2 Uhr verließ Se. Maj. das Bezirkspräsidium, machte der Witwe des Generals Stöcker einen Besuch und kehrte dann im Automobil nach Schloss Urville zurück. Auf dem Wege durch die Stadt wurde der Kaiser mit lauten Zurufen begrüßt.

(Von einer Begegnung des Kaisers mit dem Zaren) Ende Mai ist, wie der „Voss. Zig.“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, an maßgebenden Stellen seit jetzt nichts bekannt. Daß sich eine Zusammenkunft beider Herrscher zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht wird vereinbaren lassen, wird nicht abgelehnt.

(Der Reichskanzler Fürst v. Bülow) empfing am Montag den königlichen großbritannischen Botschafter Sir Frank Lascelles und den französischen Botschafter Herrn Bidour, am Dienstag den kaiserlichen russischen Botschafter Grafen von Osten-Sacken. Am Dienstag vormittag konferierte der Reichskanzler mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamt's Freiherrn v. Stengel und empfing gegen Mittag den Kultusminister Erzelenz Studt zu einer längeren Besprechung.

(Die neueste Errungenschaft der glanzvollen Ära Studi) auf dem Gebiete der

Geistes- und Lehrfreiheit ist ein amtlicher Boykott gegen eine Schulzeitung, die sich das Mißfallen der Unterrichtsverwaltung wegen ihrer Kritik an dem Schulunterhaltungsgefes gezogen hat. Nach der konservativen „Oberbess. Zig.“ hat sich nämlich die königl. Regierung in Kassel die fernere Zulassung der „Hessischen Schulz.“, des Organs der Hessischen Lehrerschaft, verboten und jede Verbindung mit dem Blatt gelöst. Und zwar soll, wie das Blatt weiter berichtet, diese Maßnahme auf „die auferlegende Sprache zurückzuführen sein, welche sich die „Hessische Schulz.“ in den letzten Monaten unmaßgeßigt gegen die Staatsregierung zu führen erlaubte.“ — Die Tatsache selbst ist nach den Informationen der „Hessischen Landeszeit.“ richtig, doch soll die Begründung etwas weniger schroff lauten, da nur „Ton und Haltung“ des Blattes gerügt werden. Die „Hessische Schulz.“ hat allerdings in sehr entschledener, aber streng sachlicher Form gegen einige Bestimmungen des Schulunterhaltungsgefes Front gemacht und Angriffe, die einige Geistliche gelegentlich der Tagung der Gesamtsynode in Kassel gegen Schule und Lehrer richteten, zurückgewiesen. Das war ihr gutes Recht und ihr mannhafter Kampf gegen die verderblichen Bestimmungen des Schulgefes eine vaterländische Pflicht.

(Das „viehsuchenfreie“ Deutschland.) Wie wenig die von den Agariern mit großem Behagen bei jeder Gelegenheit wiederholte Behauptung zutrifft, daß Deutschland infolge der Sperre gegen ausländisches Vieh Viehsuchenfrei sei, das wird durch die Tatsachen fast jeden Tag widerlegt. So finden wir in der Nummer des „Kreisblattes für die Ostpreign.“ vom 9. Mai nicht weniger als drei amtliche Mitteilungen über Viehsuchenherden in dem Kreise. Darans ergibt sich auch wieder, daß gewisse Seuchen der Rinder und Schweine bei uns in Deutschland epidemisch sind und daß die Behauptung, unsere einheimischen Viehschäfte wären nur vom Auslande her infiziert, völlig unrichtig ist. — (Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag), der bekanntlich in Mannheim abgehalten wird, soll, nach einer Meldung des „Vorwärts“, vom 16. bis 22. September stattfinden.

(Ueber die „würdige“ Form der Maifeier) liegt sich der „Vorwärts“ immer noch mit der badischen Sozialisten-Presse, die das in Baden vielfach geübte Verfahren, die Maifeier auf einen anderen Tag, besonders auf einen Sonntag, zu versetzen, der Partei gegenüber zu verteidigen sucht, befähigt in den Haaren. In welchem „brüderlichen“ Ton die Polemik geführt wird, zeigt sich beispielsweise aus folgenden Sätzen des „Vorwärts“: „Bemerken wollen wir zum Schluß noch, daß die Mannheim-„Volkstimme“ in ihrer unehrlichen Polemik gegenüber dem „Vorwärts“ fortfährt und ihren Lesern sorgsam jedes Wort, das wir zu der Sache geschrieben haben, verschweigt, unankundigermweise sogar unterläßt, ihre faktische Beschuldigung gegen den „Vorwärts“ zurückzunehmen, die Mannheim-Schwurgerichts-Prozesse ignoriert zu haben. Daß sie fortfährt, davon zu phantastieren, den „neuen Herren“ sei es nicht um die objektive und unparteiliche Kritik der Tätigkeit der Parteigenossen im Reiche zu tun, sondern lediglich um die einseitige Diabellirierung der Parteigenossenschaft eines einzelnen Landes, die — warum, können wir uns wohl denken — in „Groß Berlin“ nun einmal nicht wohl gelitten ist — das wundert uns an diesem Muster eines Parteiblattes nicht weiter mehr!“

(Gegen die sozialdemokratische Parteipresse) ist auch das „Gewerkschaftliche Zentralblatt“, und zwar ausgerechnet zur Zeit der Maifeier befähigt zu Felde gezogen. Den Anlaß gab ihm der bekannte „erste Theoretiker“ der Partei, Kautsk, der sich, wie unsere Leser wissen, in russischer Gesangenschaft befindlichen Wisa Luremburg gegen die Angriffe eines Gewerkschaftsorgans angenommen hatte. Das gewerkschaftliche Zentralorgan vermahnt die Gewerkschaftsbeamten und die Gewerkschaftsredakteure in derben Worten gegen den Vorwurf Kautsk's, von honoriertem Haß wider jede Form der Arbeiterbewegung erfüllt zu sein, die sich ein höheres Ziel setze als 5 Pf. mehr Stundenlohn. Derartige Behauptungen haben die Gewerkschaften veranlaßt, den sozialdemokratischen Parteivorstand um Verhütung solcher Polemik zu ersuchen. „Die Antwort war“, teilt das Organ der General-Kommission mit, „die Freiheit der Presse müsse gewahrt bleiben.“ Vor einiger Zeit hat nun in Berlin eine Konferenz von gewerkschaftlichen Vorstandsvorstern getagt, in der das Uebereinkommen getroffen wurde, daß die foregesehen unbegründeten Angriffe einzelner Parteiblätter gegen die an erster Stelle in Gewerkschaften tätigen Personen nicht mehr länger geduldet werden, sondern gemeinsam abgelehrt werden sollen. Das Korrespondenzblatt erklärt als „ein Wort der Warnung“, daß fortan jedem einzelnen Parteiorgan bei etwaigen Angriffen auf die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit begegnet werden solle.

Lpka' nachrichten.

Merseburg, den 17. Mai 1906

Unsere Beschreibung der hiesigen Fleisch- und Viehpreise in der letzten Sonntags-Nummer hat der Redaktion ein „Eingefand“ unterzeichnet etc., zuzufügen lassen, das zunächst dagegen entschieden Verwahrung einlegt.

„daß sich die hiesigen Fleischermeister die Taschen auf anderer Leute Rechnung füllen wollten und ihre Verkaufspreise den Einkaufspreisen entsprechend nicht herabgesetzt hätten.“

Demgegenüber müssen wir zugeben, daß ein hiesiger Fleischermeister seit dem 13. April und ein zweiter seit voriger Woche das Pfund Rot- oder Leberwurst für 30 Pf. anbietet, ersterer sogar 5 Pf. für 3,50 Mk. Das sind zwei Meister, die hinsichtlich der Wurstpreise ein menschliches Mitleben gefühlt haben, aber wie steht's mit den Fleischpreisen und wo bleiben die anderen 17 Fleischerbesitzer Merseburgs? Der Einfander behauptet zwar, daß schon viele Meister diesem Beispiel gefolgt seien und „ihre Verkaufspreise stillschweigend von selbst um 10 Pfg. pro Pfund ermäßigt“ hätten; warum dies nun so „stillschweigend“ geschieht, während die Preis-erhöhung f. z. ganz der Sache entsprechend öffentlich angekündigt wurde, können wir nicht recht einsehen. Bis jetzt hat auch das Publikum in seiner Mehrheit von dieser „stillschweigenden“ Preis-herabsetzung recht wenig verspürt. Der Einfander behauptet ferner unserer Preisangabe gegenüber, daß „reife Schweine nicht 45 Mk., sondern 48 bis 50 und darüber pro Zentner kosten“. Nach unseren zuverlässigen Informationen stimmt dies nicht, aber es mag sein, daß der Herr Einfander, ebenso gut wie er weiterhin behauptet, daß es hier Fleischermeister gebe, die „heute noch Schweine stehen haben, welche 58 Mk. pro Zentner kosten“, selbst noch Schlachtschweine abzunehmen hat, die er mit 48 bis 50 Mk. pro Zentner bezahlen muß. Bei Spekulationskäufen ist ein Verlust niemals ausgeschlossen, nur ist es schwer zu glauben, daß es hier Fleischermeister gibt, die angesichts einer schon Monate lang anbauenden herabgehenden Preissteigerung solche Abschlässe machen! Sollten diese Kurzfristigen aber wirklich existieren, so mögen sie, wie in jeder anderen Branche, ihre Spekulationsverluste gefälligst auf die eigene Tasche nehmen. Der Herr Einfander ist dagegen der Ansicht, daß infolge solcher Verschieblichkeiten im Einkauf „ein gleichmäßiges Herabgehen der Preise wohl nicht mit Recht vom Publikum verlangt werden kann. Sieht der Fleischer doch erst wochenlang ja, wenn die Viehpreise in rapider Weise steigen, bevor er an die Erhöhung der Verkaufspreise denkt, da er immer in der Hoffnung lebt, daß die Einkaufspreise wieder fallen. Es kann dem Fleischer deshalb nicht zugemutet werden, daß er sofort wieder seine Preise dementsprechend herabsetzt, wenn die Einkaufspreise einige Mark gefallen sind“.

Der Herr Einfander hätte bei diesen Sätzen folgendes bedenken müssen: Wenn 15 Fleischermeister ihre Preise hochhalten, weil 2 von ihnen Herren Kollegen noch teure, im voraus gefaufte Schweine stehen haben, so ist dies zwar sehr kollegialisch, andererseits aber höchst rücksichtslos behandelt, denn sie trafen ihre Kunden für die Unvorsichtigkeit ihrer Herren Kollegen! Haben f. z. die Fleischer wochenlang mit der Preis-erhöhung gezögert, so jögern sie jetzt ebenfalls wieder wochenlang mit der Preis-herabsetzung und damit ist wohl der Ausgleich geschehen. Wenn es sich bei der Sache übrigens nur um „einige Mark“ handelte, würde niemand ein Wort verloren haben; es sind aber 20—25 Prozent, um die die Schweinepreise, wie auch von größeren Plätzen berichtet wird, herabgegangen sind. Schließlich bemerkt der Herr Einfander noch, daß die Fleischermeister doch „die teuren gesammelten Fleischvorräte nicht unter dem Einkaufspreis verkaufen können“. Er meint damit wahrscheinlich die Winterwaren, die jeder tüchtige Fleischermeister für die Sommermonate in möglichst guter Qualität beschafft. Nun, mögen sie diese Waren verkaufen wie sie wollen, sollte aber das Publikum bis zur Erschöpfung dieser allerdings teuren Vorräte auf eine Preis-herabsetzung der frischgeschlachteten Objekte warten, so könnte darüber leicht der Spätherbst herankommen. Nebenbei sind dem Herrn Einfander auch einige kleine Stoffen aus der Feder gelaufen. So schreibt er u. a.:

„Sollten Sie jedoch für 45 Mk. pro Zentner Schweine auf Lager haben, so wird Ihnen jeder Fleischer dieselben gegen Brovion abnehmen und Sie somit noch ein einträgliches Geschäft machen.“ Daß wir keinen Schweinehandel betreiben, weiß der Herr Einfander; man kann aber auch ohne direkte Teilnahme an diesem Geschäft über die Viehpreise unterrichtet sein. Wenn wir übrigens Schweine auf Lager hätten, so könnte sich der Herr verpflichtet halten, daß wir sie ihm oder seinen Herren Kollegen jetzt nicht mehr für 58 Mk. pro Zentner offerieren würden.

„Eßt Salat! Im Winter wird diese Mahnung zwar vielen lauben Ohren gepredigt, denn, obgleich Salat auch fast den ganzen Winter hindurch in den

Delikatessgeschäften zu haben ist, so ist er doch dann teuer und schwer zu beschaffen. Jetzt aber wird er mit jedem Tage billiger und schmeckt auch — direkt aus dem Garten kommend — besser, als der in Treibhäusern gezogene. Es gibt wohl keine gesündere Beigabe zu den übrigen Speisen, als den grünen Salat, der neben dem Spinat einen starken Gehalt an verdaulichem Eisen besitzt und deshalb Blutarmen auf das dringlichste zu empfehlen ist. Er befördert durch seinen Wassergehalt außerdem die Verdauung. Eigenlichen Nährwert besitzt er freilich nicht, macht aber die anderen Speisen, mit denen er zusammen genossen wird, schmackhafter und reizt den Appetit. Die Aufnahme von Pflanzenkost ist für den menschlichen Organismus unentbehrlich. Ausschließliche Fleischnahrung ruft Gicht und Nierenleiden, sowie Stenose hervor. Deshalb haben schon die Alten Salat hochgeschätzt. Die Annahme freilich, die färslich in einer Leipziger Zeitung stand, schon König Nebuladnagar von Babylon habe Salat gegessen, ist hinfällig. Denn nicht von Salat, sondern von Gras wird berichtet und dieses Grasessen als ein Zeichen des Wahnsinns angesehen, in den der König eine Zeit lang versiel. Salateffen wäre im Gegenteil ein Anzeichen der Vernunft gewesen. Dagegen wird aus der Zeit nach Christus berichtet, daß die Perser den Gartensalat gekannt haben. Auch Griechen und Römer wußten ihn zu schätzen, ja Plinius erwähnt schon die verschiedensten noch jetzt bei uns gebauten Arten. Er sagt von dem Salat, sein Temperament sei kalt und feucht, er erfrische das Gemüt, fühle die Leber und verhafte guten Schlaf und Appetit. Und das ist wahr. Darum eßt ihn fleißig! Wer ihn aber mit Verstand genießt, d. h. wissen will, wo der Name herkommt, dem sei gesagt, daß er von dem italienischen salato stammt, d. h. „gefallen“. Eigentlich wird also damit gar nicht die Pflanze selbst bezeichnet, sondern bloß die Zutat, wie man ja auch Fleisch- und Fischsalat, Serris-, Gurken- und Selterssalat kennt.

Am Sonntag den 20. Mai d. J. findet in Magdeburg ein Appell ehemaliger Artilleristen der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt statt. An demselben werden sich auch die Artillerievereine von Halle, Merseburg, Weisenfels, Naumburg und Zeitz beteiligen. Für die einem Artillerieverein nicht angehörenden Kameraden, die an dem Appell teilnehmen wollen, sind der Vorsitzende des hiesigen Artillerievereins, Generalkommissions-Sekretär Eigarbt, und der Kamerad G. Schwenkler, Karstraße 24, gern bereit, nähere Auskunft über eine etwaige gemeinsame Abreise und das Festprogramm zu geben.

Der Vaterländische Frauen-Verein Merseburg-Stadt hatte diesmal in Verbindung mit seinem alljährlichen Bazar verschiedene Aufführungen veranstaltet, die sehr viel Anklang gefunden haben. So wurden zunächst am Sonntag abend im Saale der „Reichskrone“ nach einem jenseitigen Prolog acht lebende Bilder vorgeführt, die mit künstlerischem Geschmaack und feinem Geschick gestellt waren und gleichzeitig beliebte Volkstücker vorführten, die von der Liedertafel und dem Bürger-Gesang-Verein recht gut vorgetragen wurden. Das ganze Arrangement wurde äußerst fleißig aufgenommen. Am Montag nachmittag und abend wurden im Schlossgartenfalon von begabten Dilettanten Rezitationen, Lieder, Tänze und Musikstücke bettoren Genres geboten, die das zahlreich anwesende Publikum in hohem Maße erfreuten und angenehm unterhielten. Die bei diesen Veranstaltungen Beteiligten ernteten allseitiges Lob. Wenn auch noch der finanzielle Ertrag der aufgewandten Mühe entspricht, kann der Vaterländische Frauen-Verein mit Befriedigung auf seinen letzten Bazar zurückblicken.

Ein vielseitiger Abend steht uns heute bevor. Die Stadtkapelle veranstaltet in der „Reichskrone“ ihr erstes Sommer-Abonnement-Konzert. Ferner finden humoristische Gesangs-konzerte von der Viktoria-Sängergesellschaft und den Leipziger Seidel-Sängern in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“ statt.

Öffentliche Schöffengerichtssitzung.

Merseburg, 10. Mai 1906.

1. Der Arbeiter und Artist Felix H. von hier, jetzt in Haft befindlich, geb. 16. April 1877, hatte seiner Frau verboten, die Schullinder Karl und Arthur Hoffmann anfangs März d. J. in die Schule zu schicken. Wegen Weisheit und Anstiftung hatte er sich deshalb heute zu verantworten und erkannte das Gericht gegen ihn auf eine Geldstrafe von 18 Mk. oder 9 Tagen Haft. Die Frau des H. war wegen des gleichen Vergehens schon früher zu derselben Strafe verurteilt worden.

2. Der Maurer Gustav St. aus Bilschdorf, geb. 22. Jan. 1888, der Maurer Paul W. aus Bilschdorf, geb. 20. Juni 1887 und der Arbeiter Gustav B. aus Leipzig, geb. 3. Jan. 1883 hatten in Gemeinschaft mit Karl H. gegen den wegen Kraußheit heute nicht verhandelt werden konnte, am 28. Januar d. J. in Wilsdorf während eines Mastenfalls den Dienstmagd Otto Sachse aus Craun gemeinschaftlich körperlich mißhandelt und zwar mit Biergläsern. Der Anwalt be-entragte gegen sämtliche Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 1 Woche, da es eine unglückliche Nothet sei, daß 4 Mann

auf den Sachse eingeschlagen hätten. Der Gerichtshof nahm infolge des jugendlichen Alters der Angeklagten und der bisherigen Unbestraftheit mildernde Umstände an und erkannte auf eine Geldstrafe von 30 Mk. oder 6 Tage Gefängnis.

3. Der Gastwirt Karl B. aus Frankleben, geb. 4. Nov. 1855, war angeklagt, am 26. Januar und 13. Februar d. J. als Inhaber einer Schanzenkassette Glücksspiel, nämlich Tippen und Napoleon, geübt zu haben, wobei verschiedene Geschäftskonten aus der Länge n. nicht unmerkliche Verluste erlitten haben sollten. Der Angeklagte gab zu, daß in seinem Lokale Napoleon gespielt worden sei, dagegen habe er aber das Tippen stets verboten. Der Anwalt wies auf das Spiel von Tippen nach der Beweisnahme für nicht erwiesen, dagegen erachtete er aber das Spiel Napoleon, was von Angeklagten in der Bemerkung bestritten wurde, für ein Glücksspiel im Sinne des Strafgesetzbuches und beantragte eine Geldstrafe von 25 Mk. oder 5 Tage Haft. Der Gerichtshof hielt aber nach den Zeugenaussagen, die sehr auseinander gingen, für erwiesen, daß auch die Daubung des Tippens von dem Angeklagten geschehen sei und verurteilte ihn inragsgemäß zu einer Geldstrafe von 25 Mk. oder 5 Tagen Haft.

Aus den Kreisen Merseburg und Quertur.

g. Burgliebenau, 16. Mai. Die Raupe des Eichenpanner tritt heuer in den königlichen Waldungen und auch in isoliert liegenden Distrikten überaus zahlreich auf. An langen Bäumen hängen die gefräßigen Raupen von den höchsten Wipfeln bis zur Erde herab und verdrängen ihr Zerstückwerk. Die Bäume werden ihres jungen sinstaraggrünen Blätterknaufes beraubt und stehen, gleichsam als hätte ein rauber Herbst gehaucht, entlaubt da; erst der Johannistrieb vermag sie wieder mit frischem Grün zu schmücken. Diese Schädlinge verursachen namentlich dadurch Schäden, daß sie durch diese Störung des Wachstums des Holzes nicht unmerklich beeinträchtigen. Nicht nur in den Wäldern, sondern auch an den Obstbäumen und Beerenobststräuchern treten die Raupen in Unmengen auf, jedenfalls eine Folge des lange anhaltenden Dürres. Die Obsternte wird durch diese Schädlinge sicher in Mitleidenhaftigkeit gezogen. — Die Gattin des verstorbenen Herrn Rittergutsbesitzer H. Zimmermann hat die Summe von 1000 Mk. gependelt mit dem Wunsch, daß zum Ankauf des Bestorbenen die Glocke, welche f. z. gesprungen war, umgegossen werden solle. An Volumen soll die neue Glocke die erstere über-treffen und ja 20 Ztr. wiegen. Für dieses Entgegenkommen beschlossen die Kirchenwörter die jegige kleine Glocke ganz abzuschaffen und die mittlere Glocke an deren Stelle treten zu lassen und für die mittlere eine neue zu beschaffen. Die Weisheiten für das harmonische Gelaute tragen die Kirchengemeinden Lechau, Wejenitz, Prischgana. Die Glockengießerei der Herren Brüder Ulrich Laucha ist mit den Ausführungen betraut worden.

G. Dürrenberg, 15. Mai. Die zweite heute ausgegebene Kurliste weist einen Besuch von 452 Badegästen auf. Die Zahl hat sich also im Laufe einer Woche um 213 Personen vermehrt. Allerdings sind darunter 74 Einheimische, indes ist auch der dann noch verbleibende Rest von 139 Fremden recht erfreulich. Der Tennisplatz, der aufs neue hergerichtet ist, erfreut sich auch schon lebhafter Benutzung, ebenso bevollt sich die Kinderspielfläche. Ein neuer Fortschritt auf dem Wege zum Weltbade ist zu verzeichnen: dem Tennisplatz gegenüber ist eine geschmackvolle Kitzstube errichtet worden, dazu bestimmt, die Dürrenberger Zeitung an den Tagen zu vertriehen, an denen dieselbe nicht erscheint. Am nächsten Sonnabend wird das erste Kurkonzert stattfinden. Wenn wir recht berichten sind, wird das Merseburger Stadtorchester unter Leitung des Herrn Hertel den Reigen der Konzerte eröffnen. Möge ein günstiger Stern, in diesem Falle eine helle Sonne, über denselben leuchten.

§ Botfeld, 14. Mai. In hiesiger Gemeinde sind von ruchloser Hand eine Anzahl Pappeln und Stüßischnäbäume umgebrochen worden. Hossentlich gelingt es, die Baumfrevler baldigst zu ermitteln; der Gemeindevorstand hat hierfür eine Belohnung von 30 Mk. festgesetzt.

§ Quersur, 15. Mai. Unsere Kreis-kasse hat im Rechnungsjahre 1904 an Kreisabgaben (40 Prozent) 218273 Mk., an Hundesteuer 17321, an Jagdscheingebühren 8884, an Sparkastenüberschüssen 25003 und an Beiträgen der Badn Wilsburg 43964 Mk. eingenommen.

Wetterwarte.

Vorausichtlich Wetter am 17. Mai: Kübleres, zeitweilig heiteres, vielfach wolfiges, windiges Wetter mit Regenschauern. — 18. Mai: Meist trocken, teils heiter, teils wolfig; Nacht sehr kühl, Tag mäßig warm.

Vermischtes.

(Die Leiche der Prinzessin Friedrich Karl von Preußen) auf am Dienstag vormittag, begleitet vom Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, von Grotta in Potsdam ein. Auf dem Bahnhof war Prinzessin Friedrich Leopold erschienen. Am Dienstag abend wurde die Leiche nach Hofsee überführt, wo am 19. Mai die Beisetzung erfolgen soll.

(Der Großherzog von Sachsen-Weimar) ist, der „Schl. Ztg.“ zufolge, von seiner Judentese zurückkehrend Montag nachmittag in Heinrichau eingetroffen.

(Unwetternachrichten.) Schwere Gewitter gingen am Sonntag der „Bfz. Freie“ zufolge in der ganzen Weichsel nieder. Ueber der Siedinger Höhe ergiebt sich ein Wollenbruch, der vielfach die Keller und unteren Stockwerke der Häuser unter Wasser setzte. Das Vieh konnte nur mit Mühe gerettet werden. Der Blitz hat an mehreren Stellen geschlagen. Zu Hagen gelang der Blitz in die Kirche ein und verurtheilte das Innere derselben. — Ein großes Hagelwetter hat in Potsdam und Umgegend geherrscht. Die Schloßpforten die Größe von Zaubermünzen. Feuerturme wurden in großer Menge zertrümmert, viele Häuser zerstört und die Wälder in den Wäldern total zerstört. Auch in den königlichen Gärten ist viel Schaden festgestellt. — Zerstörbare Unwetter lüfteten die Umgegend von Trier heim. In dem weitestgehenden Unwetter haben die Meteorologen so hart durch den Hagel gelitten, das die Ausschichten auf eine gute Ernte geschnitten sind. Ueberhaupt hat die Dürre die Dürre betroffen. In der Saargegend haben die Felder die Dürre gelitten. Stellenweise wurden ganze Felder abgemäht; jährliche Gebäude wurden durch Blitze eingeschlagen. — Ueber einen großen Teil Frankreichs, namentlich den Ostteil, den Rhein und den Saale hinunter, sind die Gewitter mit Hagel und Regen und richtiger großen Schaden in den Weinbergen, der Winterhaat und den Gärten an. Der Blitz hat außerdem viele Anwesen in Höhe zerlegt. — W. Glabach, 15. Mai. In der letzten Nacht wurden infolge eines wolkenbrudrigen Gewitterregens die tiefer gelegenen Städteteile überflutet. Im Uebigen haben die Erderschütterungen mehrere Häuser unter Wasser, so daß die Feuerwehre eingreifen mußte.

(Ein dreifacher Mordverbrech) ist am Montag abend in der Gendarmenstraße in Berlin verübt worden. Ein Mörder namens Blumenthal verurtheilte den 26jährigen Arbeiter Besenat und dessen 18jährige Schwester durch Morderschüsse zu töten. Weiter ist lebensgefährlich, seine Schwester recht schwer und das 2½jährige Töchterchen der Braut des Besenat ziemlich erheblich verletzt. Der Täter ist von jeher als ein Sonderling im Hause bekannt und hat nachweislich in einem öffentlichen Saal von Gesellschaften geschanden, wenn die Tat erfolgte, ohne daß einer der Betroffenen den Blumenthal gerügt hatte. Dieser tat vielmehr, als die drei die Treppe herabfallen, unvermittelt aus seinem Zimmer auf den Flur heraus und feuerte ohne weiteres die Schüsse ab. Nachdem B. die Tat verübt hatte, rannte er auf Polizeirevier und gab dort an, er sei überfallen worden. Er wurde dann, als sich der Sachverhalt herausstellte, sofort verhaftet. Er soll angeklagt schon einmal in der Zrennstraße in Döllnau gefangen haben.

(Schiffsunglück) Der russische Dampfer „Leo“, von Bordeaux kommend, stieß in der Montag Nacht in der Nähe von Nauillac in der Strommündung auf einen italienischen Dreimaster, der in der Gironde Unter gewesen hatte. Der italienische Dreimaster sank; zehn Mann ertranken.

(Durch ein liegendes Pferd getötet) wurde im Stall des 1. Gardes-Regiments in der Blücherstraße zu Berlin der Dragoner Jäger. Als er das Tier reinigte, wurde es plötzlich unruhig, stieß aus und verletzte den J. so erheblich am Kopf, daß er bald darauf verstarb.

(Vom Matrosen des Torpedoboots „S 126“) das nun auf dem Grunde des Meeres ruht, sollen nach der „Schiff. Ztg.“ zunächst die großen Kohlen- und Munitionsvorräte sowie die Geschütze durch Zunder gebrannt werden. Es sind, da das Boot als Küsterschiff diente und sich die Reste des Divisionsschiffes am Bord fanden, erhebliche Gebühre zu erwarten.

(Sparbros verschwunden) ist der Sohn des wegen Landesverrats verurteilten Regierungsrates A. D. Seiffelchen aus Steglitz bei Berlin. Der achtzehnjährige junge Mann hat sich am Tage der rechtsgerichtlichen Verurteilung des Vaters vom Hause weggegeben und ist nicht wieder zurückgekehrt.

(Vor den Nachstellungen des Stiefvaters) flüchtete sich in Hamburg bei Dortmund die Stieftochter des aus Böbmen stammenden Bergmanns Franzoso zu ihrem Onkel. Als dieser ihr weigerte, das Mädchen herauszugeben, wurde er von Franzoso erschossen.

(Eine Feuerbrunst) hat die Ortsgemeinde Hemsleben an der Hilsch-Bühnenstraße heftig schwer heimgesucht. 25 Gebäude darunter das Rathaus, sind abgebrannt, 30 Familien obdachlos.

(Tiergartenräuber) treiben in Berlin immer noch ihr Unwesen. Am Montag verurtheilte in der Tiergartenstraße ein etwa 20 Jahre alter Bengel einer Dame das Geldbörschen zu entreißen, was ihm allerdings nicht gelungen ist. Er verschwand dann in den Anlagen.

Gerichtsverhandlungen.

Landesverratsprozess Kempens vor dem Reichsgericht in Leipzig. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann am Sonnabend früh 9 Uhr der Espionageprozess gegen den am 11. April 1879 geborenen Händler Johann Kempens aus Eilen (R.). Nach dem Öffnungsbeurteilung hat die Angeklagte den Versuch gemacht, in den Jahren 1905 und 1906, insbesondere in Eilen, die den Besitz und die Kenntnis von Schriften und anderen Gegenständen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, zu verschaffen, um davon einen für das Deutsche Reich nachteiligen Gebrauch zu machen. Namentlich soll er versucht haben, die in der Verwahrung des Reichsfinanzamts Eilen befindlichen Bestimmungen, Pläne und Akten über die Mobilisation, sowie Zeichnungen von Geschützen und eines Zehlfußes zu erlangen. Mit Verzug des Oberlandesgerichts wurde für die ganze Dauer des Prozesses die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil die Lage des Falles eine solche ist, daß die Staatsicherheit durch eine öffentliche Verhandlung gefährdet werden könnte. — Das Urteil erging dahin, daß der Angeklagte Kempens wegen versuchten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt wurde. Er hat den Versuch gemacht, sich die fraglichen Gegenstände durch zwei Soldaten des Reichsfinanzamts Eilen zu verschaffen, um sie der russischen Regierung zu verzeihen. Mit Rücksicht auf die Energie des verbrecherischen Willens und darauf, daß der Angeklagte gerade Soldaten zum Verrat zu bestimmen gesucht hat, wurde von einer Gefängnisstrafe abgesehen.

Streiks und Aussperrungen.

Sangerhausen, 15. Mai. Am Sonnabend haben hier auf sämtlichen Bauten die Maurer und Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 42 Pfg. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 200.

Braunshweig, 15. Mai. Die Gebener-Kommission der Arbeitnehmer in der Metallindustrie hat den Arbeitgebern erklärt, daß ein Streik in der Metallindustrie Braunschweigs nur dann möglich ist, wenn die gehörigen Wünsche auf Verbesserung in weitgehender Weise erfüllt würden. Die Kommission der Arbeitgeber hat sich erwidert, daß der Verband der Metallindustriellen nach wie vor der Ansicht sei, daß Lohnfragen nur zwischen den einzelnen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern verhandelt werden könnten; der Verband wolle jedoch seinen Einfluß für eine Erhöhung der Stundenlöhne geltend machen. Die Kommission empfiehlt der Arbeiterschaft mit den einzelnen Werken deshalb in Verbindung zu treten.

Bredelin, 15. Mai. In einer gestern nachmittag abgehaltenen von etwa 9000 Wählern besuchten Versammlung der hiesigen Form- und Eisenarbeiter wurde beschlossen, in die am vorigen Dienstag abgebrochenen Einigungsverhandlungen wieder einzutreten. Aus der bisher tätig gewesenen Revisionskommission wurden drei Mann gewählt, die auf Grund der uralten Forderungen der Arbeiter mit einer eben so harten Kommission der Arbeitgeber verhandeln sollen.

Berlin, 15. Mai. Der Abenddiktum zufolge ist der Berliner Schlosserstreik beendet, nachdem die Schlosser gestern den am Sonnabend von der Tarifkommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Tarifvertrag angenommen haben. — Der Generalstreik der Schuhmacher ist in einer Versammlung der Schuhmacher am Montag ebenfalls als beendet erklärt worden. Da bereits über 200 Arbeiter neuzugeworben die Geschlossenheit bewahrt haben, soll die Lohnbewegung jetzt nur in den Betrieben fortgesetzt werden, in denen noch nichts bewilligt ist. Mit Unterstützung der Gewerkschaftskommission will man demnächst den Boykott in Anwendung bringen.

Köln, 15. Mai. Eine Maurerverammlung beschloß mit 289 gegen 90 Stimmen die Aufnahme der Arbeit. Schon morgen dürfen die meisten Maurer wieder arbeiten.

Stettin, 15. Mai. Gestern sind hier sämtliche Maler- und Anstreicherarbeiten in den Aufstand getreten. Vom Vorstände der Seleute. Bremen, 14. Mai. Auch hier ist der Seemannsstreik durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beendet worden. — Hamburg, 14. Mai. Die Arbeiterbewegung in hiesigen Häfen ist beendet. Die Schauerleute, Verwerber und Seleute trübten heute schmerzliche um die Annahmehellen.

Kiel, 15. Mai. Der hier begonnene Streik der Steinbrücker veranlaßt den Schingebund deutscher Steinbrücker, sämtlichen Steinbrücker Deutschlands, etwa 5000 Mann zu kündigen.

Königsberg, 15. Mai. Heute sind die im Holzarbeiterverbande organisierten Bau-, Möbel- und Sargtischler bei denjenigen Firmen in den Aufstand getreten, die sich heute früh zur Unterstützung des neuen Tarifs nicht bereit erklärt haben. Die Zahl der Aufständigen beträgt 200. Es sind zwischen den beiderseitigen Kommissionen Verhandlungen im Gange, die morgen fortgesetzt werden.

Neueste Nachrichten.

Kiel, 16. Mai. Prinz Heinrich von Preußen hat der Familie Karl Schurz's telegraphisch sein Beileid zu dessen Hinscheiden ausgesprochen.

Berlin, 16. Mai. Auf dem Laaland-Riff ist ein großer englischer Dampfer gesunken. Der Name ist vorläufig unbekannt. Ein Bergungsdampfer ist nach der Unfallstelle abgegangen.

Düsseldorf, 16. Mai. Die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für 1907 findet in Düsseldorf statt. Die Stadtverordneten haben beschlossen, dem Vorstände der Gesellschaft kostenlos das Gelände und einen Zuschuß von 25 000 Mk. zur Verfügung zu stellen.

London, 16. Mai. Zu Ehren der deutschen Städtevertreter, die nimmere familiär hier eingetroffen sind, fand am Montag abend ein Bankett in der Royal Hotel statt. Mehrere Minister nahmen daran teil. Lord Avebury führte den Vorsitz, Kriegeminister Salbano teilte auf das Begehren der Kaiserpaar und wies auf die enorme Entwicklung des Deutschen Reiches hin. Der Redner betonte die Freundschaft des deutschen Kaisers und schloß: „Es kann keine Rede von Abkühlung zwischen England und Deutschland sein.“ Im Namen der Deutschen dankte Oberbürgermeister Kirchner Berlin. Von Gorts sagte in einem Toast, Deutschland sei in kabinetsmäßigen Einrichtungen England überlegen. Es sei ferner, die wirtschlichen Günde für eine Freundschaft zwischen dem deutschen und englischen Volke zu finden. Er hoffe, daß, wenn beide Völker kämpfen würden, dies Seite an Seite geschehen würde. Die Woblfahrt Deutschlands vermehre nur die Woblfahrt Englands. Im übrigen nahm das Bankett einen überaus glänzenden Verlauf.

Zanger, 16. Mai. Der französische Vizekonsul von Rabat und mehrere andere Franzosen, die sich auf der Rückkehr von einem Ausflug befanden, erlitten in Baobab Medbia am Ozeanriff eine für die Nacht, wurden jedoch von den Soldaten der dortigen Garnison beleidigt und mißhandelt. Die Soldaten stürzten mit den Waffen auf sie und machten Miene zum Schießen. Dank der Gelfesgegend der Reisenden wurde Blutvergießen verhindert.

Waren- und Produktbörse.

Berlin, 15. Mai. Weizen 1000 kg Mai —, Juli 185 00, Sept. 180 00. Roggen 1000 kg Mai —, Juli 164 75, Mt. Sept. —, Mt. Hafer 1000 kg Mai —, Juli 166 00. Mais 1000 kg amer. Mt. Mai 135 00, Juli —, Mt. Rübsöl 100 kg Mai 49 50, Okt. 52 40.

Nordamerika meldet eine beschiedene Preisverbesserung, die hier den Weizenpreis zur Stille brachte, aber den Vorrat nicht belebte. Roggen und Hafer gingen im Preise zurück, da Andenungen neuerdings Nachlieferungen veranlassen. Großes Getreide ist wenig begehrt worden; nur Hafer war preisbehalten. Rüböl wenig begehrt. Doch gelatete sich der Markt zum Schluß etwas günstiger.

Leipzig, 15. Mai. Per 1000 kg Weizen inländ. 170—180, ausl. 193—201, füll. Roggen inländ. 166—170 ausl. 174—177, polener breun. —, —, —. Erste feinste Braugerste 168—170, Malz- und Futterware 126—154. Hafer inländ. 171—180, ausl. 174—185, rubig. Mt. 18 amerikanischer 136—140, runder 144—148, Cinnamun 163—180, indischer —, —, —. Raubschinken per 100 kg netto —, —, —. Rüböl per 100 kg netto ohne Fob, 49 50 bz., rubig. Weizenmehl 00 25 50. Roggenmehl 01 24 50.

Reklameteil.

Foulard-Seide v. 95 Pfg. ab. — Zollfrei! — Muster zu Jedermann Seidenfabrik **Henneberg, Zürich.**

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Buchstam gegenüber keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Todesanzeige. Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leben unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin und Großmutter

Ww. Christiane Drese geb. Ziemper im fast vollendeten 60. Lebensjahre. Dies zeigt ihr Verbleib an.

Hermann Drese nebst Geschwistern. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 4 Uhr vom Trauerhaus Borwert 21 aus statt.

Dank.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnis meines geliebten Vaters, des Privatmannes

Friedrich Keck

lage ich im Namen aller Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank. Merseburg, den 16. Mai 1906. **Marie Keck.**

Aufzugaug.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme während der Krankheit und beim Bestattung innersen guten Vaters, des Handarbeiters **Karl Hesselbarth** sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Albert Hesselbarth.**

Aufzugaug.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme sowie für die reichen Kranzgebunden beim Hinscheiden unserer lieben unvergesslichen viel zu früh dahingeshiedenen Tochter **Klara Thieme** sagen hiermit Allen ihren tiefgefühltesten Dank **Familie Walter** nebst Angehörigen.

Wiesenverpachtung in Menschau.

Die diesjährige Grasnutzung der in Menschauer Flur belegenen drei Wiesenpläne von 16 Morgen, den **Dannenbergischen Wiesen** von Heberbenna gehörig, soll im Wege des Meistgebots

Freitag den 18. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, im **Schmidtschen Gasthose** in Menschau vergeben werden.

Merseburg, den 13. Mai 1906. **Fried. M. Kunth.**

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 24. Oktober 1905 in Schölkau verstorbenen Witwe **Gräze** Wilhelmine geb. Diege wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. Merseburg, den 12. Mai 1906. **Königliches Amtsgericht.**

Wiesen-Verpachtung.

Sonnabend den 19. Mai d. J., abends 6 1/2 Uhr, sollen die Wallenburger Gemeinbes und Kirchweien sowie die Wiesen des Herrn **Franz Esch** öffentlich im Gasthose zu **Waldendorf** verpachtet werden.

Waldendorf, den 11. Mai 1906. **Der Gemeindevorsteher.**

Gras-Verpachtung.

Die Gras-Parzellen am Uferende der Gelfel, im hiesigen Gutsbesitzende bei Heberbenna, sollen

Freitag den 18. d. M., nachmittags 3 Uhr, an Ort und Stelle meistbietend gegen gleichbare Zahlung auf 1 Jahr verpachtet werden. Bedingungen werden im Termine bekannt gegeben. Sammelplatz **Gelfelbrücke** bei Heberbenna. **Die Veitger.**

Wiesenverpachtung in Menschau.

Die in Menschau für gelogene der Witwe **Günther** in Wörmlich gelegene Wiese von 8 1/4 Morgen soll

Freitag den 18. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, im **Schmidtschen Gasthose** in Menschau auf 3 Jahre verpachtet werden. Merseburg, den 13. Mai 1906. **Fried. M. Kunth.**

Wiesenverpachtung.

Beabsichtigt die Grasnutzung von ca. 100 Morgen der in **Hirtzart** Häbiger Flur gelegenen Wiesen in kleineren und größeren Parzellen zu verpachten. Restkanten wollen sich wegen Beschichtigung der Wiesen an den **Gutsinspektor** in Leipzig wenden. Pachgebote werden bis 23. Mai in meinem Geschäftszimmer **Halle a. S., Merseburgerstr. 88** entgegengenommen. **Rusche.**

Steuer-Reklamationen

empfehle Buchdrucker: **Th. Rössner,** Merseburg, Delgrube 5.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Postanstalten 1 Mk., monatlich 35 Pf.; durch die Austräger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,25 Mk. Einjahrsabonnement 5 Mk.
Erscheint wöchentlich 6 mal vormittags halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Wintermonaten am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel ober breiter Raum 8 Pf., für dreisp. 10 Pf., außerdem 15 Pf. für die ersten 100 Zeilen. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von ununter Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unentgeltliche Einblendungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 114.

Donnerstag den 17. Mai 1906.

32. Jahrg.

Fort mit der Fahrkartensteuer!

Der Versuch, die Fahrkartensteuer in der dritten Lesung zu Falle zu bringen, muß von den Parteien der Linken unter allen Umständen gemacht werden. Die Steuer ist nur mit 157 gegen 128 Stimmen angenommen worden. Zu den drei freistimmigen Gruppen, der Sozialdemokratie und der Wirtschaftlichen Vereinigung, die geschlossen gegen die Vorlage stimmten, gesellten sich insgesamt noch 21. 15 dissentierende Mitglieder aus den Reihen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen. Durch eine energische Agitation gegen die Steuer können bis zur dritten Lesung von den Mehrheitsparteien ganz sicher noch erheblich mehr Stimmen abgeplittet werden. Die nationalliberale Wählererschaft im Lande lehnt sich fast einmütig gegen dieses Attentat auf die freie Entwicklung des Verkehrs auf. Die nationalliberale Partei bietet wieder einmal das nicht gerade seltene Schauspiel, daß ihre parlamentarische Vertretung von der erdrückenden Mehrheit der Wählererschaft im Lande desavouiert wird. Die „Königliche Zeitung“ mahnt heute „in letzter Stunde“ ihre Parteigenossen im Reichstage zur Umkehr. „Daß bei einem solchen Angriff auf die wichtigsten allgemeinen Verkehrsinteressen der Plan durch eine Entrückungssturm des Volkswillens nicht einfach weggesetzt wird, liegt, schreibt das Blatt, lediglich daran, daß sich die Beratung dieser komplizierten Steuertheorie in größter Stille vollzogen hat und daß bei den formändernden Schwankungen breitere Volkstreuung bis jetzt noch nicht die Gefahr erkennen konnten und noch weniger Gelegenheit zu einer Äußerung hatten. Was aber an Äußerungen von Männern der Parität — wie Vertretern von Handelskammern, Reisenden-Verbänden usw. — an die Öffentlichkeit gedrungen ist, was ferner zahlreiche Zeitungen geäußert haben, das ist eine scharfe und einmütige entrückte Abweisung dieses Planes.“

Sehr interessant gestaltete sich auch die Debatte, die im Anschluß an ein Referat des Abg. Böttger in einer Versammlung des nationalliberalen Vereins in Steglitz sich über die Fahrkartensteuer entwickelte. Der Referent war der einzige, der das Verhalten der Reichstagsfraktion, der er nota bene selbst angehört, verteidigte. Sämtliche Disfunktionsredner, insbesondere diejenigen, welche sich um die Ausbreitung der nationalliberalen Organisation in Groß-Berlin die größten Verdienste erworben haben, wie die Regierungsräte Stadthagen und Dr. Leibig, verurteilten einstimmig das Verhalten ihrer Parteigenossen im Reichstage. Der letztere er

er könne lämpen wie Versuche hätte er allen über liberalen au so wie Partei als die Lust die sehr kurz auf ihre Hoffnung Fahrkartenübergeht. in Lesung wird der kauft, je in der ch vers

Bremja“ zufolge hat sich der Ministerrat für diese Möglichkeit ausgesprochen, hat aber die Frage über den Umfang der Amnestie offen gelassen. Nach demselben Blatte soll im Ministerrat auch die Auflösung der Reichsduma wegen ihres oppositionellen Charakters zur Sprache gekommen sein. Die Auflösung sei jedoch nicht für wünschenswert, sondern im Gegenteil für gefährlich erklärt worden.

Zur Eröffnung der Reichsduma hatte auch König Eduard ein Telegramm an den Zaren gerichtet, in dem er ihn zu diesem historischen Ereignis beglückwünschte. Der Zar schickte daraufhin dem König ein Danktelegramm.

Die sozialistischen Parteien, die bisher die Taktik verfolgt haben, die Reichsduma zu boykottieren, haben, wie der „Russ. Kur.“ erfährt, beschlossen, hiervon Abstand zu nehmen, da dies nach dem Aufstreten der Reichsduma ein taktischer Fehler sei. Eine Verschmelzung des Handels- und Finanzministeriums soll im Zarenreiche bevorstehen. Bei einer solchen in Peterhof stattgehabten Konferenz wurde dem „Russ. Kur.“ zufolge der Beschluß gefaßt, das russische Handelsministerium als solches aufzugeben und mit dem russischen Finanzministerium zu verschmelzen.

In Petersburg wurde der Redakteur der „Westnik Finanzow“ und der „Handels- und Industrie-Zeitung“, Direktor der Petersburger Telegraphen-Agentur v. Miller zum Mitglied des Rates des Finanzministers und zum Agenten des Finanzministeriums in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ernannt.

Die Mafseier ist ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen, sowohl in der Residenz an der Rewa als auch in der Provinzialstädten. Dem russischen Arbeiter dürfte freilich auch allmählich die Luft vergangen sein, zeitweilig auf seine Löhning zu verzichten.

In Jarizyn an der unteren Wolga verlangte nach einer Meldung der „Peterb. Tel.-Agentur“ eine etwa viertausend Köpfe starke Volksmenge, die sich am Abend infolge eines Streites zwischen einer der Straßen durchziehenden Gruppe und Kosaken angeammelt hatte, die Entfernung der Kosaken, worauf sie ruhig auseinandergehen wollte. Als die Menge auf dieser Forderung beharrte, ließ der Polizeimeister die Kosaken feuern. Hierbei wurden acht Personen verwundet, eine davon tödlich.

Als vermeintlicher Mörder des Vizeadmirals Kusmitsch ist in Petersburg eine Person verhaftet worden, die sich Baskewitsch nennt und angibt, Student der dortigen Universität zu sein.

Die Adresse an den Zaren, die am Dienstag in der Duma verlesen wurde, deckt mit nicht zu überbietender Deutlichkeit die ungeheure Kluft auf, welche Volk und Regierung in Rußland immer noch trennt. Mit außerordentlichem Freimuth wird dem Zaren die Not des Landes geschildert und im Anschluß daran das Programm der Duma unterbreitet. Die Forderungen, die es enthält, lassen sich kurz wie folgt bezeichnen: Volle Amnestie, allgemeines Wahlrecht, Verantwortlichkeit des Ministeriums, vollgesetzliche Gewalt der Reichsduma, Unverantwortlichkeit des Zaren, Abschaffung der Todesstrafe, Abschaffung der Ausnahmestände, Abschaffung des Reichsrats, Revision der Staatsgrundgesetze, Koalitionsrecht, obligatorisches Expropriationsrecht, unbeschränktes Interpellationsrecht für die Reichsduma.

Aus Deutsch-Afrika.

Zu der Gebietsüberschreitung deutscher Schutztruppen in Südwestafrika liegt nunmehr eine amtliche Meldung vor. Danach war Morenga Anfang April in der Gegend von Ufama auf deutsches Gebiet zurückgeführt, nachdem die Kappolizei seine Werts in nördlicher Richtung nach der Gegend von Rietfontein abtransportiert hatte. Morengas Spur ging dann verloren. Erst

am 29. und 30. April wurde durch Augenzeugen festgestellt, daß Morenga sich in dem englischen Grenzort Bisseport östlich Klüdam gezeigt habe. Als er am 1. Mai auf deutsches Gebiet zurückkehrte, nahm Hauptmann Bsch, der die Abhertungsstruppen an der Dähgrenze befehligt, sogleich seine Verfolgung auf. Morenga überschritt alsbald mit seinen bewaffneten Orlogleuten wieder die Grenze. Da die Kappolizei, den besten Willen vorausgesetzt, nicht in der Lage war, Morengas Entzweifung zu erzwingen, debnte Hauptmann Bsch die Verfolgung auf britisches Gebiet aus. Am 4. Mai überforderte er Morenga mit 40 Orlogleuten bei Komislaw, 20 Kilometer östlich Gaputs. In einhändigem Gefecht fielen 26 Hottentotten, 23 Gewehre, 100 Patronen und die Pferde Morengas wurden erbeutet. Morenga selbst erhielt zwei Streifwunden und entfiel mit sechs unbewaffneten Begleitern. Hauptmann Bsch kehrte nach kurzer Verfolgung auf deutsches Gebiet zurück. Anlässlich der Ueberschreitung der englischen Grenze durch deutsche Truppen in Südwestafrika bei der Verfolgung Morengas, wovon wir am Sonnabend abend berichteten, wirft die „Kön. Ztg.“ die Frage auf, ob in Afrika die Bestmähre sich nicht darüber verhandigen sollten, ob und unter welchen Umständen barbarische außersindische Eingeborene als Kriegsführende zu betrachten sind. Wenn es schon hier und da in Europa in Grenzbezirken, wo die Industrie von einem Gebiet zum andern übergrift, notwendig geworden ist, den Gendarmen der einen Macht zu gestatten, bei der Verfolgung von verberberischem Geindel die Grenze zu überschreiten, ist auf dem andern Gebiet die Rücklichtige bringfist gemacht werden oder sonst die Gerechtigkeit gefordert wird, um wie viel mehr ist zu verbinden, daß Eingeborene auf fremdes europäisches Gebiet übertreten, wie wir es jetzt in Afrika erleben und, da die Schwarzen damit Erfolg haben, wohl noch mehr erleben werden. Die laplandischen Behörden haben sich freilich mit der Zeit dazu aufgetast, durch eine Entwaffnung der von deutschem Gebiet auf das ibrige übertretenden außersindischen diese unschädlich zu machen, und nach Privatmitteilungen, die uns zugehen, scheint die Entwaffnung auch ziemlich regelmäßig zu erfolgen. Allein, wer bürgt dafür, daß die entwaffneten Eingeborenen, die frei umherziehen können, nicht sofort auf englischem Gebiet neue Waffen und Munition erwerben, um dann irgendwo an der ausgebeuteten und naturgemäß ungenügend besetzten Grenze wieder auf deutsches Gebiet einzufallen. Diese Gelegenheit zur Wiederkehr, die Morenga und seinen Banden fortwährend geboten wird, ist eine der Hauptursachen der langen Dauer des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika, und bei der bedenkenlichen Stimmung unter den südafrikanischen Eingeborenen muß, wie noch kürzlich aus dem Nataler Aufstandsgebiet berichtet wurde, die lange Dauer des Kampfes im inneren Schutzgebiet zur Erhebung gegen die Europäer aufmuntern. Wir haben von Anfang an diesen Standpunkt vertreten und bedauern, daß die Vorgänge in Natal uns recht geben.“

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Im Abgeordnetenhaus zu Wien legte der neue österreichische Ministerpräsident Pring zu Hohenlohe-Schillingsfürst in längerer Rede sein Regierungsprogramm dar. Er stellte in erster Linie die von allen Völkern Oesterreichs mit Spannung erwartete Wahlreform in Aussicht, durch welche dem Grundfaze Geltung verschafft werden solle, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte gegenüberstehen. Das österreichische Staatsbewußtsein und der österreichische Parlamentarismus, so führte er aus, sollen dadurch eine mächtige Belebung erfahren. Wenn gestiftet werde, daß es künftig im Hause für die staats-erhaltenden Elemente keinen Raum mehr geben werde, so hoffe er, daß durch die Gleichheit aller im Staate,

